

Beschluss der 26. Landesdelegiertenversammlung

Digitale Souveränität

Die MIT NRW fordert die Landesregierung auf, die Digitale Souveränität in der Verwaltungs-IT zu erhöhen, damit die notwendigen Investitionen auf NRWs Wettbewerbsfähigkeit, Innovationskraft und Wirtschaftswachstum einzahlen. Die Landesverwaltung muss hierfür den Einsatz von Open Source Software entschieden vorantreiben. Es muss das übergeordnete Ziel aller Maßnahmen sein, dass Open Source Software flächendeckend zum Standard in der öffentlichen Verwaltung wird.

Im Einzelnen fordern wir:

1. Gesetzlicher Vorrang für Open-Source Software in der öffentlichen Verwaltungs-IT
2. Mindestens 20 Prozent der Ausgaben des Landes für Software und Cloud Services erfolgen für Software, deren Quellcode frei einsehbar, anpassbar und erlaubnisfrei nachnutzbar ist.
3. Die Entwicklung und Nutzung von offenen und transparenten Standards und Schnittstellen.
4. Die Veröffentlichung des Quellcodes bei öffentlich finanzierten Softwareanpassungen oder Neuentwicklungen gemäß dem Prinzip „Public Money, Public Code (gem. 32. BPT 10 „Digitalcharta Innovationsplattform: D“).
5. Die Anwendungssoftware und die weiteren Lösungen des Zentrums für Digitale Souveränität 12 (ZenDiS) konsequent in der Landesverwaltung zum Einsatz kommen lassen.
6. Evaluation und Metriken für eine erfolgreiche Steuerung der Verwaltungsdigitalisierung.
7. Bei unvermeidlichen proprietären Lösungen konsequent darauf zu achten, dass deutsche oder europäische Lösungen und Expertise genutzt werden.